

## SchaLL.NRW

### Lehrer:innenverband

Schutzgemeinschaft angestellter  
Lehrerinnen und Lehrer in NRW e. V.

Wiesbadener Straße 14  
45145 Essen

E-Mail: [vorstand@schall-nrw.de](mailto:vorstand@schall-nrw.de)

## Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2025

Essen, 20. Januar 2025

### Sehr geehrte Damen und Herren,

der Lehrerverband SchaLL setzt sich ein für bundesweit ca. 200.000 tarifbeschäftigte Lehrkräfte. Mit Blick auf Ihr Wahlprogramm möchten wir gerne von Ihnen konkret wissen:

#### 1. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Angestellte Lehrkräfte verdienen laut einem Gutachten von SchaLL.NRW aus dem Jahre 2018 auf Lebenszeit gerechnet mindestens 275.000 € weniger als ihre verbeamteten Kolleg:innen. Wir halten das für skandalös und völlig inakzeptabel. ([www.t1p.de/schallgutachten](http://www.t1p.de/schallgutachten))

*Wie stehen Sie zu einer Einkommensgleichstellung aller Lehrkräfte?  
Wie will Ihre Partei die Netto-Einkommensgleichstellung zwischen  
angestellten und verbeamteten Lehrkräften konkret herstellen?*

#### 2. Familienzuschlag

Mit Einführung des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) im Jahr 2006 wurde der Ortszuschlag (Familienzuschlag)

##### Vorstand:

Stefan Nierfeld (Vorsitzender), Thomas Altland (Stv. Vorsitzender), Frank Rekate (Stv. Vorsitzender), Gesa von Stebut (Schatzmeisterin), Alfred Niessen (Mitgliederverwaltung), Rainer Lummer (Pressesprecher), Beisitzer:innen:  
Tanja Schmitt, Mannfried Bauer, Sven Engelke, Elmar Janzik, Manfred Rüssel, Clemens Schröder

Bankverbindung: VerbundVolksbank OWL Paderborn - IBAN DE39 4726 0121 8825 4450 00  
Eingetragen im Vereinsregister des Amtsgericht Paderborn (VR 2071)

SchaLL.NRW vertritt seit 2001  
als Schutzgemeinschaft  
angestellter Lehrerinnen und Lehrer  
die Interessen der Lehrkräfte in den  
Haupt- u. Bezirkspersonalräten  
in NRW.



für tarifbeschäftigte Lehrkräfte (sowie alle weiteren Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst) abgeschafft. Dieser Zuschlag war zuvor ein fester Bestandteil des Entgelts gemäß dem Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) und berücksichtigte die Familienverhältnisse der Beschäftigten einschließlich Ehegatten und Anzahl der Kinder. Im Gegensatz dazu behielten verbeamtete Lehrkräfte nach der Einführung des TV-L ihren Familienzuschlag.

Dieser Zuschlag wurde im Jahr 2021 im Rahmen einer Neustrukturierung erheblich angehoben. Insbesondere wurde der Familienzuschlag (ab A9) für das dritte Kind auf 807,15 €, für das vierte Kind auf 762,41 € und für das fünfte und jedes weitere Kind auf jeweils 769,22 € erhöht. Dies entspricht nahezu einer Verdopplung der früheren Zuschläge. Zudem wurde der Familienzuschlag im Jahr 2022 für das erste und zweite Kind an die örtlichen Mietpreise angepasst. Dies bedeutet, dass je nach Mietstufe einer Region der Familienzuschlag für zwei Kinder um bis zu 1.096,63 € netto erhöht wird.

*Was will ihre Partei unternehmen, damit beim Thema Familienzuschlag die ca. 200.000 angestellten Lehrkräfte, sowie alle weiteren ca. 3,3 Mio. Angestellten im öffentlichen Dienst in Deutschland nicht weiter völlig leer ausgehen? Mit welchen konkreten Maßnahmen will Ihre Partei hier Gerechtigkeit herstellen?*

### **3. Zusatzversorgung VBL**

Für Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst ist die Zusatzversorgungsrente der VBL (Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder) neben der gesetzlichen Rente die zweite Säule der Altersversorgung, die eigentlich die Lücke zu den Beamtenpensionen schließen sollte. Doch für diese Betriebsrente ist eine jährliche Anpassung von nur einem Prozent festgeschrieben worden, was nicht einmal die Inflation ausgleicht und zu Verlusten führt.

*Mit welchen konkreten Maßnahmen will Ihre Partei erreichen, dass die Zusatzversorgung analog zu den Renten dynamisiert wird und den Wert der durchschnittlichen Rentenanpassung der letzten 10 Jahre von 2,9 % erreicht?*

#### 4. Gerechte Finanzierung der Schulen

Nach unserer Auffassung sollten alle Schulen in Deutschland unabhängig von der Finanzkraft ihres Schulträgers gleichermaßen hochwertig und modern ausgestattet sein, um allen Schülern gleiche chancengerechte Lern und Arbeitsbedingungen zu ermöglichen und den Lehrkräften einen attraktiven Arbeitsplatz zu bieten.

*Wie steht Ihre Partei zur Finanzierung der Schulen unabhängig von der Finanzkraft der Schulträger? Welche konkreten Maßnahmen schlägt Ihre Partei dazu vor?*

#### 5. Überversorgung der Beamten bei Besoldung und Pensionen

Kritiker sprechen von einer „amtsunangemessenen Überalimentierung“, die zulasten aller Steuerzahler finanziert wird und als ungerecht angesehen wird. Im Grundgesetz stehen keine detaillierten Besoldungsnormen, sondern ein Verweis auf die „hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums“. Diese gehen auf Rechtsprinzipien des Kaiserreichs und der Weimarer Republik zurück.

*Hält ihre Partei dies noch für zeitgemäß oder doch eher für einen Anachronismus, der dringend von einem modernen Dienstrecht abgelöst werden sollte. Welche konkreten Vorschläge macht ihre Partei zu diesem Thema?*

Ihre Antworten auf unsere Wahlprüfsteine werden wir auf unserer Internetseite [www.schall.nrw](http://www.schall.nrw) veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen



Schall.NRW  
Lehrer:innenverband  
Stefan Nierfeld  
Vorstand